

Im Rißtal rollt der Bagger

Auf dem Gelände des geplanten Industriegebiets im Rißtal (IGI) haben am Montag erste Bohrungen, Schürfungen und Sondierungen begonnen. Die Felduntersuchungen sollen voraussichtlich drei Wochen dauern und Auskunft geben über die Bodenqualität, das Grundwasser und mögliche Altlasten. Die beteiligten Gemeinden im Zweckverband wollen damit ein genaueres Bild der Landschaft im Rißtal und des möglichen Baugrunds erhalten. Kritik kommt von der Bürgerinitiative „Schutzgemeinschaft“.

Für kurze Zeit bebt der Boden: Bis zu drei Meter tief rammt die Sondierdrape einen Stab in die Erde, um die Erdschichten zu untersuchen. Später messen die Techniker mit einem Lichtlot, ab welcher Tiefe Wasser vorkommt. Einige hundert Meter entfernt, auf dem Gelände des ehemaligen Rappenhofs und auf dem früheren Deponiegelände, türmen sich Erdhügel und ein Bagger gräbt die Schaufel in den Schnee. Hier wollen die Ingenieure herausfinden, ob sich noch Altlasten im Boden befinden. Vom Rißtal aus sollen später Bodenproben an ein Labor ins Unterallgäu transportiert werden.

Noch befinden sich die Untersuchungen ganz am Anfang. Vor Ort zeigte sich, dass bereits nach wenigen Metern eine Kiesschicht im Boden auftaucht. Würde sich dies in den kommenden Tagen erhärten, wäre es ein Indiz dafür, dass sich der Grund generell gut zum Bauen eignet, erklärt Christian Rauser-Härle vom zuständigen Büro für Geotechnik „Henke und Partner“ mit Sitz unter anderem in Biberach. „Wenn der Kies relativ bald kommt, besteht kein großer Puffer zur Wasserspeicherung“, fügt er hinzu.

Auf dem Gebiet der ehemaligen Deponie deuteten erste Untersuchungen auf einen relativ weichen, lehmigen Untergrund hin, der wiederum nur mit teuren Pfählen im Untergrund bebaubar gemacht werden könnte. Für generelle Aussagen und Empfehlungen sei es aber noch deutlich zu früh, betont Ingenieur Rauser-Härle. Die Ergebnisse will er in einem Gutachten in einigen Wochen seinem Auftraggeber vorlegen: dem Zweckverband IGI Rißtal, dem Biberach, Warthausen, Schemmerhofen und Maselheim angehören. Der Verband hatte die Bohrungen in Auftrag gegeben, um den mit der Firma Handtmann abgesteckten Zeitplan einhalten zu können, wie der Vorsitzende Wolfgang Jautz erklärt hatte. Eine Entscheidung im laufenden Zielabweichungsverfahren beim Regierungspräsidium Tübingen steht indes weiter aus.

Widerspruch von Grundbesitzern

Mitglieder der Bürgerinitiative „Schutzgemeinschaft“ (BI) Rißtal hatten den Schritt des Zweckverbands kritisiert, vor allem weil die Grundstückseigentümer erst relativ kurzfristig vom Zweckverband informiert worden seien. Der Zweckverband hatte den Eigentümern eine Frist von sieben Tagen gesetzt. In dieser Zeit konnten sie widersprechen, dass der Zweckverband die Grundstücke für die Sondierungen betreten darf. Der BI-Vorsitzende Klaus Schneider erklärte daraufhin: „Das Verfahren, wie hierbei mit den Grundstückseignern und -nutzern umgegangen wird, ist für die Betroffenen erschreckend.“ Dass eine Zustimmung als selbstverständlich gesehen werde, widerspreche „geltendem Recht“.

Der Vorsitzende des Zweckverbands Wolfgang Jautz hat die Kritik nun zurückgewiesen: „Eine fehlende Mitteilung wird nicht als Zustimmung behandelt“, stellt er klar. Beim

Zweckverband seien insgesamt drei Widerspruchsschreiben eingegangen. Die Bürgerinitiative spricht hingegen von vier Eigentümern, die den Untersuchungen auf ihren Grundstücken widersprochen haben.

Der Zweckverband jedenfalls hat daraus seinen eigenen Schluss gezogen: Die Untersuchungen der kommenden Wochen sollen ausschließlich nahe der öffentlichen Wege sowie auf Grundstücken der Gemeinde Warthausen oder der Firma Handtmann stattfinden. „Bei den Untersuchungen wird kein privates Grundeigentum betreten“, verspricht Jautz.